

Niederschrift

über die 3. Sitzung
der Pflegekonferenz des Kreises Gütersloh am 29.11.2006
im Sitzungsraum 2 des Kreishauses Gütersloh, Herzebrocker Str. 140, 33334 Gütersloh

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 16:55 Uhr

Anwesend waren:

1. Herr Kreisdirektor Jung - als Vorsitzender -
2. Herr Alke
3. Herr Brüggenolte
4. Herr Buschsieweke
5. Frau Costabel
6. Frau Eckardt
7. Frau Gerner
8. Herr Dr. Großkraumbach
9. Frau Heineke-Schlubach - für Frau Willikonsky -
10. Herr Jakobi
11. Herr Junker
12. Herr Keuter
13. Frau Klingert
14. Herr König
15. Herr Koppers
16. Frau Kottmann
17. Frau Kröger
18. Herr Lakämper
19. Herr Meißnest
20. Herr Dr. Michels - für Frau Dr. Neuschulte -
21. Frau Uphus
22. Frau Schmitz
23. Herr Dr. Sieweke
24. Herr Sieweke - für Herrn Dr. Meyer -
25. Frau Tiemann
26. Herr Vincke - für Frau Niemann-Hollatz -
27. Frau Winkler

Entschuldigt fehlten:

1. Frau Boden
2. Herr Feldmann
3. Herr Hornauer
4. Frau Kröger
5. Frau Dr. Neuschulte
6. Herr Dr. Sökeland
7. Frau Stöttwig
8. Frau Willikonsky
9. Herr zur Heiden

Weiter nahmen teil:

Frau Brunsmann, Kreis Gütersloh, Abteilung Arbeit und Soziales
Herr Koch, Kreis Gütersloh, Abteilung Arbeit und Soziales
Frau Maiwald, Kreis Gütersloh, Abteilung Arbeit und Soziales
Frau Nopto, Kreis Gütersloh, Abteilung Arbeit und Soziales

Herr Jung begrüßte als Vorsitzender die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pflegekonferenz. Wie bereits im Vorfeld angekündigt, wurde TOP 6 einvernehmlich von der Tagesordnung gestrichen und inhaltlich TOP 3 zugeordnet. Ansonsten wurde die Tagesordnung gebilligt.

1. Bericht aus dem Arbeitskreis „Pflegerische Angehörige“

Ergänzend zur Vorlage stellte Frau Brunsmann das Konzept für die geplante Veranstaltungsreihe für pflegende Angehörige zum Thema „Demenz“ vor. In Zusammenarbeit mit dem Demenz-Service-Zentrum Ostwestfalen-Lippe sowie dem Familienzentrums Rietberg plane der Arbeitskreis eine Reihe bestehend aus einer Auftaktveranstaltung sowie drei Folgeveranstaltungen im Frühjahr 2007. Inhalte sollen in der Auftaktveranstaltung zunächst Allgemeine Informationen sowie Behandlungsmöglichkeiten sein. In den Folgeveranstaltungen sollen dann spezielle Themen wie Kommunikation mit Demenzerkrankten, Umgang mit herausforderndem Verhalten und Ernährung bei Demenzerkrankung behandelt werden. Über das Demenz-Service-Zentrum, das bereits über diverse Erfahrungen mit entsprechenden Veranstaltungen, insbesondere im ländlichen Raum verfüge, werde ein Vorschlag zur inhaltlichen Umsetzung der Themen (einschl. Referentenvorschläge) erarbeitet und im Arbeitskreis abgestimmt.

Die Veranstaltungen fänden zunächst alle in Rietberg – nach Möglichkeit verteilt auf verschiedene Ortsteile – statt. Die Organisation von Räumlichkeiten übernehme das Familienzentrum. Sollte die Veranstaltungsreihe in Rietberg erfolgreich verlaufen, sei eine Wiederholung in anderen Städten des Kreises Gütersloh geplant.

Herr Kuhlmann wies darauf hin, dass die Alzheimergesellschaft bereits eine Fortbildungsreihe für pflegende Angehörige in der Stadt Gütersloh angeboten habe.

Frau Gerner informierte über ein Projekt an der Universität Bielefeld. Ziel des Projektes sei die Unterstützung pflegender Angehöriger vor dem Hintergrund von DRG's. Hierzu würde u.a. ein Initialpflegekurs an einem Krankenhaus angeboten, der zu 50 % auch soziale Aspekte abdecke.

Seitens der Verwaltung wurde zugesichert, dass man die Anregungen bei den weiteren Planungen berücksichtigen werde.

2. Bericht aus dem Arbeitskreis zu dem Projekt „Telefon Pflege(nde) in Not“

Herr Jung erläuterte kurz den Inhalt der Vorlage und unterstrich, dass es sich um ein sinnvolles Angebot handele.

Weitere Wortmeldungen lagen zu diesem TOP nicht vor.

3. Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit und Ausbau des Ehrenamtes/ bürgerschaftlichen Engagements – Abschlussbericht und zukünftige Ausrichtung –

Frau Schmitz fasste die wesentlichen Inhalte der Vorlage zusammen und wies darauf hin, dass derzeit die Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden sowie den 13 Kommunen über den Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung geführt würden.

Weitere Wortmeldungen lagen zu diesem TOP nicht vor.

4. Pflegeplanung - Rückblick Workshop und weiteres Vorgehen –

Frau Nopto fasste eingangs kurz die Ergebnisse des Workshops zur kommunalen Pflegeplanung „Zukunft der Pflege – packen wir’s an!“ zusammen. Angesichts der hohen Teilnehmerzahl und der insgesamt positiven Resonanz könne die Verwaltung ein positives Fazit der Veranstaltung ziehen. Man habe das Thema Demographie sowie dessen Auswirkungen auf die Pflegeplanung transparenter machen können. Insbesondere die Verantwortlichen der Kommunen seien durch den Workshop für die Problematik sensibilisiert worden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1 – „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“ – hätten gezeigt, dass die Verwaltung mit den angestrebten Maßnahmen im Rahmen der Neuausrichtung der Seniorenarbeit und der angedachten Vernetzung mit der Pflegeberatung sowie den bereits vorhandenen Strukturen bzw. Angeboten auf dem richtigen Weg sei und diesen nun konsequent fortsetzen müsse (vgl. auch TOP 3).

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2, die sich im wesentlichen mit bau- und städteplanerischen Aspekten auseinandergesetzt habe, zeigten wie wichtig ein Austausch mit den verantwortlichen Städteplanern der einzelnen Kommunen sei. Auch dieser Weg solle nunmehr – soweit die personellen Ressourcen der Abteilung Arbeit und Soziales dies zuließen – fortgesetzt werden. U.a. sei ein Austausch über das Kreisplanertreffen vorgesehen, bei dem das Thema Demographie ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3 machten deutlich, dass der stationäre Bereich derzeit vor einer Vielzahl von systembedingten Problemen stehe. Auch das Missverhältnis zwischen der Erwartungshaltung der Betroffenen sowie der Finanzierbarkeit sei sehr deutlich geworden. Insgesamt bedürfe dieser Bereich umfassender Änderungen seitens des Gesetzgebers.

Frau Nopto wies darauf hin, dass die Präsentationen und Ergebnisse des Workshops inzwischen auch unter www.pflege-gt.de im Bereich Infos und Broschüren/ Pflegeplanung veröffentlicht seien.

Im folgenden erläuterte Frau Nopto das derzeit geplante weitere Vorgehen zur kommunalen Pflegeplanung. Bedauerlicherweise habe des LDS inzwischen gravierende Änderungen an den statistischen Merkmalen zur Bevölkerungsprognose (u.a. Sterberate) vorgenommen. Dadurch seien die bislang zugrunde gelegten Bevölkerungszahlen und -prognosen überholt. Die Zahlen sollen daher zunächst

angepasst werden. Im Rahmen des Demographieprojektes der Kreisverwaltung werde derzeit festgelegt, von welchen für die gesamte Verwaltung einheitlichen Zahlen man künftig ausgehen wolle. Hierzu sei bis zum Jahresende mit einer Entscheidung zu rechnen.

Darüber hinaus dürften zum Jahresanfang die Ergebnisse der Pflegestatistik 2005 vorliegen. Diese sollen dann ebenfalls in den Entwurf des Pflegeplanes eingearbeitet werden. Die Aktualisierung der Daten soll bis März 2007 abgeschlossen sein.

Anschließend sei festzulegen, wie das Beteiligungsverfahren mit den Städten und Gemeinden des Kreises durchgeführt werde. Angesichts der knappen personellen Ressourcen der Abteilung Arbeit und Soziales sei ein intensiver Austausch mit jeder Kommune sehr schwierig. Das konkrete Beteiligungsverfahren werde in der nächsten Pflegekonferenz vorgestellt.

In der folgenden Diskussion wies Frau Klingert darauf hin, dass neben der Aktualisierung der Zahlen auch eine inhaltliche Weiterbearbeitung erforderlich sei. Im Übrigen halte sie die bereits begonnene Zusammenarbeit mit den Städteplanern für sehr gut.

Nach kurzer Diskussion bestand Einvernehmen darüber, dass möglichst aktuelle Zahlen für die Aufstellung des Pflegeplans unentbehrlich sind, der begonnene Prozess aber auch inhaltlich weitergeführt werden müsse.

Herr Koppers wies ergänzend auf ein Wohnprojekt in Rheda-Wiedenbrück hin, bei dem Jung und Alt gemeinsam wohnen sollen. Herr Jung begrüßte derartige Modelle ausdrücklich, stellte aber gleichzeitig fest, dass man für solche Projekte auch immer Personen finden muss, die dort leben wollen.

5. Geplante Neubaumaßnahmen – aktuelle Entwicklung im Bereich der Hausgemeinschaften

Frau Uphus stellte den Sachstand zu den geplanten Neubauten bzw. den Modernisierungsmaßnahmen im stationären Bereich sowie die aktuelle Entwicklung im Bereich Hausgemeinschaften/ Pflegewohngruppen vor.

Der Neubau einer vollstationären Pflegeeinrichtung auf dem Bartels-Gelände Gütersloh – vorgestellt durch den potentiellen Betreiber „Maternus“ in der letzten Pflegekonferenz am 01.02.2006 – sei ins Stocken geraten. Am 28.08.2006 sei die Bescheinigung nach § 1 AllgFörderPflegeVO nunmehr an die Deutsche Seniorenstift GmbH, (DSG), Hannover erteilt worden. Der verantwortliche Projektentwickler der SAGIR AG habe am 27.11.06 auf Nachfrage erklärt, dass der Baubeginn nach seiner Einschätzung kurz bevor stehe.

Nach wie vor stehe auch die Planung einer vollstationären Pflegeeinrichtung auf dem ehemaligen Vossen-Gelände in Gütersloh im Raum. Ein Betreiber sei hier jedoch noch nicht bekannt.

Zur Modernisierung bestehender Pflegeeinrichtungen führte Frau Uphus nachstehende Projekte auf:

- Sanierung Altenpflegeheim St. Johannes Schloß Holte-Stukenbrock
(Bauabschnitt fertig gestellt und bezogen, 2. Bauabschnitt derzeit im Umbau, Fertigstellung voraussichtlich Ende 2007)
- Sanierung/ Erweiterung Katharina-von-Bora Haus Versmold
(Baumaßnahme abgeschlossen, Einrichtung entspricht Landespflegegesetz, Bezug des Erweiterungsbaues erfolgt)
- Sanierung St. Jacobistift Werther
(Umbaumaßnahme wird bis Mitte Dezember 2006 abgeschlossen, Einrichtung entspricht dann den Vorgaben des Landespflegegesetzes (80 % Einzelzimmer, ebenerdiger Zugang), Umzug soll bis Jahresende vollzogen sein)
- Sanierung St. Margareten-Altenkrankenheim Rietberg
(1. Bauabschnitt fertig gestellt, Sanierungsmaßnahme im Altbestand läuft derzeit)

Im Bereich der Hausgemeinschaften bzw. Pflegewohngruppen zählte Frau Uphus mehrere von Pflegediensten initiierte Projekte mit insgesamt 125 zusätzlichen Plätzen mit Rund-um-die-Uhr-Betreuung auf:

- Rheda-Wiedenbrück, Gütersloher Straße: Projekt der Diakonie Gütersloh mit 12 Plätzen, Start: 01.10.2006
- Schloß Holte-Stukenbrock (Sende), Flurstraße: Projekt von DiABi Mobil, Bielefeld mit 8 Plätzen, Start: 01.11.2006
- Versmold, Hessel-Hof: Projekt von Annette's Pflegeteam mit 19 Plätzen, Start: 01.12.2006
- Gütersloh, Voßheide: Projekt von Pflege & Wort in Kooperation mit Paula mit 8 Plätzen, Start: 01.12.2006
- Halle, Goebenstraße: Projekt des Lebensbaum Soziale Hilfen e. V. mit 8 Plätzen, Start: Anfang 2007
- Steinhagen, Hof Dellbrügge: Erweiterung der bereits vorhandenen Wohngemeinschaft des Lebensbaum Soziale Hilfen e. V. um 3 Plätze, Start: Anfang 2007
- Schloß Holte-Stukenbrock, Schlieffenhof: Projekt der Diakonie Gütersloh mit 24 Plätzen, Start: Anfang 2007
- Versmold, Wittensteiner Straße: Projekt der Diakonie im Kirchenkreis Halle mit 8 Plätzen, Start: Anfang 2007

- Rheda-Wiedenbrück, Heinrich-Pütz-Straße 34: Projekt von Daheim e. V. mit 17 Plätzen, Start: Ende 2007
- Halle, Amselstraße 24: Projekt von Daheim e. V. mit 18 Plätzen, Start: Ende 2007

Abschließend informierte Frau Uphus darüber, dass die Tagespflege der Diakonie in Rheda-Wiedenbrück zum 01.11.2006 mit 14 Plätzen ihren Betrieb aufgenommen hat. Demgegenüber stehe jedoch auch die Schließung der Tagespflegeeinrichtung des Seniorenzentrum Dr. D. Murken Gütersloh mit 12 Plätze im Frühjahr 2006.

In alle genannten Hausgemeinschaftsprojekte sei der Kreis Gütersloh einbezogen und es werde der Abschluss einer für alle Anbieter einheitlichen Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung gemäß § 75 SGB XII angestrebt. Hinsichtlich der Größe von Hausgemeinschaften habe der Kreis Gütersloh eine Grenze von maximal 20 Plätzen festgelegt. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten in einem Einzelfall sei einmalig auch ein Projekt mit 24 Plätzen – allerdings verteilt auf 3 eigenständige Wohngruppen – entstanden. Auf Nachfrage von Frau Costabel ergänzte Frau Uphus, dass nahezu alle Plätze zur Versorgung von demenziell erkrankten Personen vorgesehen seien.

Herr Koppers erkundigte sich nach der personellen Ausstattung der Hausgemeinschaften auch vor dem Hintergrund der Qualitätssicherung in diesen kleinen Gruppen. Er bezweifle im Übrigen, dass in derartig kleinen Gruppen – insbesondere mit lediglich 8 Personen – eine wirtschaftliche Versorgung der Betroffenen zu ähnlich hohen Entgelten wie in der stationären Pflege möglich sei.

Frau Uphus führte hierzu aus, dass die Hausgemeinschaften bezüglich der personellen Ausstattung die selben Vorgaben erfüllen müssten wie stationäre Einrichtungen. Allerdings werde das hauswirtschaftliche Personal unmittelbar in die Betreuung einbezogen und so teilweise Hilfskräfte bzw. geringfügig Beschäftigte ersetzt. Die einzige Ausnahme gäbe es bei der Nachtwache. Hier verlange man lediglich eine Präsenzkraft, aber keine Fachkraft. Zusätzlich muss die Rufbereitschaft zu einer Fachkraft bestehen. Die Qualität in den Hausgemeinschaften werde wie in den stationären Einrichtungen durch die Heimaufsicht geprüft.

Was die Wirtschaftlichkeit angehe, seien die Entgelte der Hausgemeinschaften in Stufe 2 und 3 aus Sicht des Betroffenen günstiger als die durchschnittlichen Heimentgelte im Kreis Gütersloh. In Stufe 0 und 1 seien die Hausgemeinschaften etwas teuer. Herr König ergänzte, dass durch Hausgemeinschaften auch SGB V-Leistungen abgerechnet werden könnten, so dass sich das Angebot rechne. Herr Jakobi begrüßte die kleinen Wohngruppen ausdrücklich, merkte aber gleichzeitig an, dass diese nicht günstiger seien, wenn man SGB V-Leistungen und SGB XI-Leistungen zusammenrechne.

Frau Klingert ergänzte aufgrund der Erfahrungen die der Daheim e.V. mit seinen Hausgemeinschaftsprojekten gemacht hat, dass die Kostendeckung bei sehr kleinen Gruppen mit 8 Bewohnern problematisch sei, sofern man an Tarifverträge gebunden sei. Für private Träger könne sich dies aber durchaus rechnen. Im Übrigen müssten der Kreisverwaltung umfassende Unterlagen zu Personal und Wirtschaftlichkeit vorgelegt werden, die sehr genau geprüft würden. Frau Eckardt ergänzte, dass Synergieeffekte z.B. durch die PDL des ambulanten Dienstes genutzt werden könnten.

Herr Meißnest erkundigte sich danach, nach welchen Kriterien die Standortauswahl für derartige Wohngruppen erfolge und ob von diesen Wohngruppen weitere stadtteilbezogene Angebote ausgingen. Herr Jung erklärte hierzu, dass dies sicherlich der nächste sinnvolle Schritt sei. Die Steuerung, wo Träger derartige Angebote installierten, sei jedoch sehr schwierig und richte sich in der Regel nach dem Standort einer geeigneten Immobilie. Im Übrigen habe man hier einen freien Markt, der sich derzeit sehr dynamisch entwickle. Frau Uphus ergänzte, dass die Wohngruppen durch die Abteilung Arbeit und Soziales zwar begleitet würden, für die Initiierung von Vernetzung in den Stadtteilen jedoch noch keine konkreten ersten Überlegungen erstellt worden seien. Hierzu sei eine Weiterführung des begonnenen Prozesses erforderlich. So sei es z.B. nötig eine Bewertung der einzelnen Stadtteile mit kommunalen Vertretern vorzunehmen. Grundsätzlich begrüße man solche Entwicklungen ausdrücklich, eine Beeinflussung sei derzeit aufgrund der begrenzten Personalressourcen aber sehr schwierig.

Frau Schmitz verdeutlichte abschließend, dass dem Kreis Gütersloh unter Berücksichtigung der Interessen als Kostenträger eine Vielfalt an Angeboten wichtig sei, die individuelle Entscheidungen der Betroffenen über die Versorgung zuließen.

6. Bericht zum Projekt „Weiterentwicklung und Vernetzung der örtlichen Pflegeberatung, der Wohnraumberatung und der neuen offenen Seniorenarbeit“

- entfallen -

7. Bericht der Heimaufsicht

Frau Uphus fasste eingangs den Inhalt der Vorlage zusammen und wies nochmals ausdrücklich darauf hin, dass man in den Einrichtungen keine schlechte Ergebnisqualität vorgefunden habe. Die hier aufgeführten Mängel bezögen sich ausschließlich auf den Bereich der Planung und Dokumentation von Pflegeprozessen.

Herr König stellte fest, dass Mängel im Bereich der Pflegeprozesssteuerung auch den Heimträgern nicht unbekannt seien. Entsprechende Feststellungen könne man bundesweit machen und zwar völlig unabhängig von der Struktur der Einrichtung. Da nach der Vorlage lediglich 8 von 26 Einrichtungen geprüft worden seien, verbat Herr König sich eine Pauschalierung aller Einrichtungen.

Herr Koppers unterstrich, dass es hier nicht um schlechte Ergebnisqualität gehe. Weiter führte er aus, dass diese Probleme stark personenabhängig seien und man dabei auch die „Tradition“ – sprich Lerninhalte und Gewohnheiten – in den Pflegeberufen berücksichtigen müsse. Aus diesem Grund solle auch jemand aus dem Ausbildungsbereich an dem Qualitätszirkel teilnehmen. Es müsse erreicht werden, dass Prozesssteuerung auch von den Pflegekräften als positives Instrument begriffen werde, dazu dürfe die Pflegedokumentation nicht ständig schlecht geredet werden.

Herr Buschsieweke ergänzte hierzu, dass die Ausbildungsstätten häufig feststellen müssten, dass die Verschriftlichung der Pflegeplanung sehr schwierig für das Personal sei. Im Übrigen sei das Thema bis 1995 lediglich theoretisch unterrichtet aber anschließend nirgendwo angewendet worden. Die Einführung eines Qualitätszirkels sei notwendig, die Lösung der angesprochenen Probleme allerdings auch sehr schwer. Abschließend wies Herr Buschsieweke darauf hin, dass die Pflegedokumentation zwar das am einfachsten zu prüfende Kriterium sei, aber eben nicht das Einzige. Die allgemeine Qualität in den Einrichtungen im Kreis Gütersloh sei gut.

Herr Meißnest begrüßte die Einrichtung eines Qualitätszirkels ebenfalls ausdrücklich und schlug vor, auch Randthemen mit in die Arbeit einzubeziehen.

Herr Jakobi wies auf den Abschlussbericht „Entbürokratisierung der Pflege“ hin, der zusätzliche, neue 12 Formulare zur Folge gehabt habe. Er finde es zunächst einmal beruhigend, dass die Ergebnisqualität in Ordnung sei. Die Probleme in der Strukturqualität zu lösen sei sehr schwierig und möglicherweise von einem Qualitätszirkel nicht zu leisten.

Herr Dr. Großkraumbach konnte die in der Vorlage dargestellten Feststellungen zumindest für die Einrichtungen nicht teilen, die ihm im Rahmen seiner hausärztlichen Tätigkeit bekannt sind. Teilweise seien die Anforderungen an Dokumentation schlicht eine Überforderung.

Frau Schmitz unterstrich abschließend das Interesse der Kreisverwaltung, den aufgetretenen Problemen nicht nur mit einer Anordnung nach § 17 HeimG entgegen zu treten, sondern gemeinsam mit den Einrichtungen an einer Lösung arbeiten zu wollen. Frau Uphus ergänzte, dass es bei der Vorlage ausdrücklich nicht um eine Abqualifizierung der Qualität der Einrichtungen gehe. Es solle vielmehr den Problemen im Qualitätsmanagement entgegen gewirkt werden. Antworten auf diese Probleme zu finden sei sicherlich nicht einfach, zumal die Umsetzung der Vorgaben an der Basis nicht richtig zu funktionieren scheint. Den Versuch zum Austausch über diese Probleme sollte man jedoch in jedem Fall starten.

Nach ausführlicher Diskussion bestand letztlich Einvernehmen darüber, dass die Einrichtung eines Qualitätszirkel versucht werden soll. Der MDK, die Pflegekassen und die Abteilung Gesundheit wurden gebeten, zu prüfen, ob eine Beteiligung möglich ist.

Herr Koppers mahnte einen klaren Arbeitsauftrag für den Qualitätszirkel an, dessen Zielbereich grundsätzlich alle Formen der Pflege sein sollten. Anstelle einer Einführungsveranstaltung solle besser eine schriftliche Abfrage vorgenommen werden, um anschließend direkt in die Problemlösung einsteigen zu können.

Abschließend bat Herr Vincke darum über diese positiven Maßnahmen zur Qualitätssicherung auch im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales zu berichten.

8. Verschiedenes

Die nächste Pflegekonferenz ist für den 02.05.2007, 15.00 Uhr, geplant.

gez. Jung
(Vorsitzender)